

Dokument 1 von 1

Tages-Anzeiger

Tages-Anzeiger

Montag 16. Juli 2012

Die Justiz ist ohnmächtig

AUTOR: Von Martin Killias***RUBRIK:** ANALYSE; NaN; S. 7**LÄNGE:** 350 Wörter

Im Fall Lucie hat man nun den Schuldigen: den Aargauer Strafvollzug. Dessen Arbeitsmethoden stammten aus dem 19. Jahrhundert und es seien auf der ganzen Linie schwerwiegende Fehler passiert, so der Tenor. Man hätte Daniel H., der das Au-pair-Mädchen Lucie Trezzini 2009 ermordete, niemals aus dem Strafvollzug entlassen dürfen.

Ausgeblendet wird, unter welchen Umständen Daniel H. aus dem Arxhof entlassen wurde. Das Gericht mochte ihn wegen versuchter vorsätzlicher Tötung angesichts eines günstigen psychiatrischen Gutachtens nicht zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilen. Die Folge war, dass Daniel H. spätestens nach vier Jahren freigelassen werden musste. Die bedingte Entlassung fand eine Woche vor dem Ablauf der äussersten Frist statt. Eine Woche später hätte man ihm keine Auflagen mehr machen können - die «bedingte» Entlassung, die eigentlich keine mehr war, diente nur dazu, ihn noch einige Jahre länger kontrollieren zu können. Dass man keine Fachkommission einschaltete, war logisch. Solch aufwendige Verfahren sind nur sinnvoll, wenn es um Jahre und nicht um Tage geht. Eine nachträgliche Verwahrung hätte kein Gericht genehmigt - schon gar nicht das zuständige, das ihm zuvor eine lange Freiheitsstrafe erspart hatte. Hätte man ihn, als er Termine versäumte und es Alarmzeichen gab, verhaften sollen? Eine Rückversetzung in den Arxhof für eine Woche hätte nichts gebracht, und kein Haftrichter hätte wegen Drogenkonsums Untersuchungshaft genehmigt. Schlimmer noch: Strafvollzugsbeamte, die ihn hätten verhaften lassen, müssten sich heute wegen Amtsmissbrauchs und Freiheitsberaubung verantworten.

Im Fall Lucie haben wir es mit einem Systemversagen zu tun. Zum Drama kam es wegen gesetzlicher Regelungen, die der Strafvollzugsbehörde alle Macht genommen haben. Besser als von Leuten Entschuldigungen zu fordern, die nicht anders handeln konnten, wäre die Forderung an das Parlament, diese Gesetze anzupassen. Doch in Bern bewegt sich nichts, und die Medien schiessen lieber auf den Strafvollzug. Alles andere wäre zu kompliziert.

UPDATE: 17. Juli 2012**SPRACHE:** GERMAN; DEUTSCH

GRAFIK:

* Martin Killias ist Professor für Strafrecht an der Universität Zürich.

PUBLICATION-TYPE: Zeitung

Copyright 2012 TA-Media AG
Alle Rechte Vorbehalten